

Das Ja

hr **2005**

hr 2005

Lagebericht

Aufgaben der ÖIAG – gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Aufgaben der ÖIAG sind im ÖIAG-Gesetz 2000 (BGBl. I 24/2000) in der Fassung der Gesetzesnovellen 2003 (BGBl. I Nr. 71/2003) und 2005 (BGBl. I 103/2005) geregelt und umfassen im Wesentlichen das Privatisierungs- und das Beteiligungsmanagement in Bezug auf Anteile an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden. Die ÖIAG ist unter bestimmten Umständen berechtigt, zusätzliche Anteile an Beteiligungsgesellschaften zu erwerben oder sich an Kapitalerhöhungen zu beteiligen.

Die Privatisierungsschritte der ÖIAG erfolgen lt. ÖIAG-Gesetz auf Basis des von der Bundesregierung für die Dauer jeweils einer Legislaturperiode beschlossenen Privatisierungsauftrags. Die Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sind österreichische Interessen im Hinblick auf Arbeitsplätze, die Schaffung österreichischer Kernaktionsstrukturen, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sowie den Kapitalmarkt zu wahren.

Der geltende, auch für das Geschäftsjahr 2005 maßgebliche Privatisierungsauftrag wurde der ÖIAG von der Bundesregierung im Sinn des § 7 (1) ÖIAG-Gesetz 2000 in der a.o. Hauptversammlung vom 9. Mai 2003 erteilt und in der a.o. Hauptversammlung vom 4. Juli 2003 sowie in der a.o. Hauptversammlung vom 17. September 2004 konkretisiert. In der a.o. Hauptversammlung vom 30. Jänner 2006 erfolgte eine Änderung des Privatisierungsauftrags für die Österreichische Post AG. Der Privatisierungsauftrag lautet auf die vollständige Abgabe folgender Unternehmen bzw. Unternehmensanteile:

- BÖHLER-UDDEHOLM AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100 % anzustreben.

Der Privatisierungsauftrag für die Böhler Uddeholm AG und die ÖIAG-Bergbauholding AG ist seit 2003 bzw. seit 2004 erfüllt.

2005 wurden auch die letzten im Eigentum der ÖIAG stehenden Anteile an der VA Technologie AG und an der voestalpine AG abgegeben. Damit ist der Privatisierungsauftrag hinsichtlich jener Unternehmen, für die eine vollständige Abgabe vorgesehen war, seit dem Berichtsjahr 2005 zur Gänze erfüllt.

An der Telekom Austria AG hält die ÖIAG zum 31. Dezember 2005 einen Anteil von 30,1 %. 2005 wurden rund 0,1 % der Telekom Austria-Aktien aufgrund von Wandlungsbegehren von Investoren der von der ÖIAG im Jahr 2003 begebenen Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien abgegeben.

Für die Österreichische Post AG sollte in einem ersten Schritt ein strategischer Partner gesucht werden. Für das zu 100 % im Eigentum der ÖIAG stehende Unternehmen wurde im Laufe des Berichtsjahres die Prüfung der strategischen Kooperations- und Beteiligungsmöglichkeiten fortgesetzt. Ergebnis der Prüfungen war, dass einer teilweisen Privatisierung der Österreichischen Post AG über die Börse gegenüber anderen Konzeptvarianten der Vorzug zu geben sei. Die Bundesregierung hat deshalb den in der Hauptversammlung vom 9. Mai 2003 erteilten Privatisierungsauftrag in der a.o. Hauptversammlung vom 30. Jänner 2006 ergänzt. Die ÖIAG wurde dadurch ermächtigt, eine Börseneinführung von bis zu 49 % der Aktien der Österreichischen Post AG zum bestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen.

Mit der Novelle 2005 zum ÖIAG-Gesetz (BGBl. I 103/2005) wurde in § 14 (6) die Bestimmung neu eingefügt, dass die nach Schuldentilgung ausgeschütteten Gewinne unter anderem zur Finanzierung der Forschungsanleihe der Republik Österreich für die Jahre 2005 bis 2010 verwendet werden.

Wirtschaftliches Umfeld

Die konjunkturelle Entwicklung in Europa und in den USA war 2005 insgesamt nicht von hoher Dynamik gekennzeichnet. Schwache Konsumentennachfrage und nach wie vor geringe Investitionsneigung resultierten in einem BIP-Wachstum, das sowohl in den EU-25 mit durchschnittlich 1,7 % als auch in den USA mit 3,6 % unter den jeweiligen Vorjahreswerten blieb. Österreich lag mit einem Wachstum von 1,9 % leicht über dem Durchschnitt der EU. Der überdurchschnittlich hohe Anstieg des Rohölpreises beeinflusste die Wirtschaftslage deutlich. Während die Öl- und Raf-

finerunternehmen profitierten, waren in rohölabhängigen Branchen, wie z.B. der Luftfahrtindustrie, kräftige Kostenanstiege zu verkraften. Auch die Beteiligungen der ÖIAG waren von diesen Entwicklungen betroffen.

Die Börsenentwicklung war 2005 insbesondere in Europa von Anstiegen gegenüber 2004 geprägt. Die Wiener Börse setzte ihren Höhenflug des Vorjahres im Jahr 2005 mit einem ATX-Wachstum von 51 % fort. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser positiven Performance leisteten die im ATX vertretenen ÖIAG-Beteiligungen OMV und Telekom Austria.

Aktivitäten 2005

Die ÖIAG hat 2005 ihre früheren Beteiligungen VA Technologie AG und voestalpine AG zur Gänze privatisiert. Der Anteil der ÖIAG an der VA Technologie AG von 14,7 % wurde im Zuge des von Siemens im Dezember 2004 gestellten und im Jänner 2005 auf einen Preis von EUR 65 je Aktie aufgebesserten Übernahmeangebots an die Siemens AG Österreich abgegeben. Die ÖIAG nahm das Übernahmeangebot am 28. Jänner 2005 an. Die kartellrechtliche Genehmigung der Transaktion durch die EU-Wettbewerbsbehörde und der Abschluss der Privatisierung erfolgten im Juli 2005. Durch die Transaktion wurde ein Privatisierungserlös von EUR 146,25 Mio erreicht.

Seit Mitte Februar 2005 haben Investoren der von der ÖIAG im September 2003 begebenen Umtauschanleihe auf voestalpine-Aktien von ihrem Wandlungsrecht, Anleihestücke gegen voestalpine-Aktien einzutauschen, Gebrauch gemacht. Diese fortlaufenden Wandlungen führten bis August 2005 zur vollständigen Abgabe des noch im Eigentum der ÖIAG befindlichen Anteils von 15 % der voestalpine-Aktien und gleichzeitig zur vollständigen Tilgung der Anleihe. Der daraus resultierende Privatisierungserlös beträgt EUR 245,2 Mio.

Auch bei der Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien kam es im Herbst 2005 auf Wunsch einzelner Investoren zu ersten Wandlungen. Daraus ergaben sich Privatisierungserlöse (Veräußerungserlöse) in Höhe von EUR 8,55 Mio, sodass die Privatisierungserlöse des Jahres 2005 insgesamt ein Volumen von EUR 400,0 Mio erreichten.

Ergebnis 2005

Wichtigste ergebnisrelevante Faktoren für die ÖIAG waren im Geschäftsjahr 2005:

- Die Erlöse aus Privatisierungen betragen im Berichtsjahr insgesamt EUR 400,0 Mio (Privatisierungserlöse 2004: EUR 1.119,3 Mio).
- Aus den Privatisierungsgewinnen wurden der Republik Österreich gem. § 13 (2) ÖIAG-Gesetz 2000 Genussrechte in Höhe von EUR 222,32 Mio eingeräumt. Da das Gesellschafterdarlehen der Republik Österreich bereits in der Vorperiode zur Gänze getilgt wurde, war dieser Betrag zu 100 % für die Tilgung von Refundierungsverbindlichkeiten zu verwenden.
- Zusätzlich zur Einräumung von Genussrechten wurde 2005 in Umsetzung des Aufsichtsratsbeschlusses vom 17. Juni 2005 erstmals von der Möglichkeit des § 14 (5) ÖIAG-Gesetz Gebrauch gemacht. Nach vollständiger Tilgung der von der ÖIAG übernommenen Verbindlichkeiten der ehemaligen PTBG konnten liquide Mittel in einem Ausmaß von EUR 250,0 Mio zur weiteren Tilgung von Refundierungsverbindlichkeiten verwendet werden.
- Die für Privatisierungen abgerechneten Kosten erreichten 2,2 % der Privatisierungserlöse.
- Die Beteiligungserträge betragen in der Berichtsperiode EUR 169,29 Mio und liegen damit um 37,6 % über dem Vorjahreswert. Die Rückstellung für die Dividend Protection im Zusammenhang mit der Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien – im Fall der Wandlung in Aktien erhält der Investor die während der bisherigen Laufzeit der Anleihe angefallenen Dividenden – wurde in der Berichtsperiode um knapp EUR 6 Mio aufgestockt.
- Der durchschnittliche Personalstand der ÖIAG betrug im Berichtszeitraum 35 Personen und lag damit im Schnitt um acht Personen unter dem Niveau des Vorjahres. Zum Stichtag 31. Dezember 2005 betrug der Mitarbeiterstand 30 Personen. Dies entspricht einem Vollzeitäquivalent von 25,5 Beschäftigten.

Der Jahresabschluss der ÖIAG zum 31. Dezember 2005 weist einen Jahresfehlbetrag von EUR -112,1 Mio aus (2004: Jahresüberschuss von EUR 101 Mio). Beim Vergleich mit dem Vorjahr ist jedoch zu beachten, dass im Jahr 2005 erstmals Tilgungen von Refundierungsverbindlichkeiten aus Buchwerterlösen von Privatisierungen gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz in Höhe von EUR 250,0 Mio vorgenommen wurden. Da die Refundierungsverpflichtung des Bundes insoweit erlischt, ist im Finanzerfolg ein Aufwand in entsprechender Höhe entstanden, der zum Ausweis

des genannten Jahresfehlbetrages führte. Durch die gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz gleichzeitig zwingend vorgesehene, nach dem Jahresfehlbetrag ausgewiesene Auflösung von gebundenen Kapitalrücklagen in gleicher Höhe wird dieser Aufwand wieder neutralisiert. Für den Vergleich mit 2004 ist zu berücksichtigen, dass sich aus der Saldierung des Jahresfehlbetrags mit der Auflösung der Kapitalrücklage gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz für 2005 ein positiver Jahressaldo von EUR 137,9 Mio ergibt.

Zusätzlich erfolgte eine Auflösung gebundener Kapitalrücklagen gem. § 14 (6) ÖIAG-Gesetz. Per Saldo ergibt sich somit ein Jahresgewinn von EUR 197,1 Mio. Einschließlich des Gewinnvortrags in Höhe von EUR 27,9 Mio wird ein Bilanzgewinn von EUR 225,0 Mio ausgewiesen. Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn zur Gänze als Dividende für das Geschäftsjahr 2005 auszuschütten.

Die Bilanzsumme der ÖIAG hat sich im Verlauf des Jahres 2005 um insgesamt EUR 1.290,7 Mio bzw. 28 % auf EUR 3.296,3 Mio verringert. Die Hauptursache für diesen Rückgang bildeten die 2005 durchgeführten Kredittilgungen und die Dividendenausüttung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Verbindlichkeiten ex PTBG) wurden im Ausmaß von EUR 163,9 Mio zur Gänze getilgt, die Refundierungsverbindlichkeiten gingen um EUR 472,7 Mio auf EUR 762,1 Mio zurück. Weiters entfallen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 316,4 Mio auf die von der ÖIAG begebene Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien.

Das Eigenkapital beträgt EUR 2.084,7 Mio und ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 367,2 Mio gesunken (31.12.2004: EUR 2.451,8 Mio). Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 63 % und liegt damit um 19 % über dem Vorjahreswert.

ÖIAG-Portfoliowert – Nettoverschuldung

Der Wert des ÖIAG-Portfolios ist im Jahr 2005 trotz der Abgabe der restlichen Anteile an der voestalpine AG (15 %) und an der VA Technologie AG (14,7 %) gegenüber 2004 um EUR 2,8 Mrd angestiegen. Zum 31. Dezember 2005 repräsentiert das Portfolio aller ÖIAG-Beteiligungen einen Gesamtwert von rund EUR 8,3 Mrd.

Deutlich verbessert hat sich 2005 auch die Nettoverschuldung, die gegenüber 2004 von EUR 0,7 Mrd auf EUR 0,5 Mrd reduziert werden konnte. Daraus ergibt sich eine Überdeckung der Nettoverschuldung durch den Portfoliowert im Ausmaß von EUR 7,8 Mrd.

Risikomanagement

Zum Bilanzstichtag bestehen bei der ÖIAG keine Derivatgeschäfte. Das in den Verbindlichkeiten mit Refundierungsverpflichtung der Republik Österreich enthaltene Darlehen in Japanischen Yen wurde im Berichtsjahr in eine Euro-Finanzierung umgeschuldet, sodass in den Refundierungsverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag ausschließlich Euro-Finanzierungen aushafteten.

Nachtragsbericht – Ausblick

Im Jänner 2006 erfolgte die Zahlung von USD 32 Mio an den Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus. Diese Zahlungsverpflichtung war von der ÖIAG im Zusammenhang mit der 2001 durchgeführten Privatisierung der Dorotheum GmbH übernommen worden und konnte geleistet werden, nachdem seit 7. Dezember 2005 Rechtssicherheit im Sinne der Washingtoner Vereinbarung vom Jänner 2001 und des zu ihrer Umsetzung verabschiedeten Entschädigungsfondsgesetzes bestand und der Ministerrat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2005 dies formell feststellte.

Auf Grund des geänderten Privatisierungsauftrags der Bundesregierung für die Österreichische Post AG, welcher der ÖIAG in der Hauptversammlung vom 30. Jänner 2006 erteilt wurde, wurden die für einen Börsegang von bis zu 49 % des Aktienkapitals erforderlichen Vorbereitungs Schritte eingeleitet.

Die Laufzeit der von der ÖIAG begebenen Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien endet im August 2006. Im Jänner und Februar 2006 ist durch Wandlungen auf Wunsch einzelner Investoren ein Privatisierungserlös von EUR 9,9 Mio realisiert worden. Dies entspricht einer Privatisierung von rund 0,2 % der Telekom Austria-Aktien. Der ausstehende Anleihebetrag beträgt per Ende Februar 2006 EUR 306,6 Mio. Dieses Nominale entspricht 4,7 % der Telekom Austria-Aktien.

Wien, am 3. April 2006

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e.h.

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch e.h.

Bilanz zum 31. Dezember 2005

| Aktiva | EUR | EUR | Stand 31. 12. 2005 EUR | Stand 31. 12. 2004 TEUR |
|--|------------------|-------------------------|------------------------------|-------------------------------|
| A. Anlagevermögen | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | |
| Konzessionen, Rechte | | 60.140,00 | | 125 |
| II. Sachanlagen | | | | |
| 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, davon Grundwert EUR 2.518.870,66 (2004: TEUR 2.530) | 2.518.870,66 | | | 2.530 |
| 2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 255.625,81 | | | 521 |
| | | 2.774.496,47 | | 3.051 |
| III. Finanzanlagen | | | | |
| 1. Beteiligungen | 1.878.355.956,68 | | | 2.047.368 |
| 2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens | 25.912.694,60 | | | 25.913 |
| | | 1.904.268.651,28 | | 2.073.281 |
| | | | 1.907.103.287,75 | 2.076.457 |
| B. Umlaufvermögen | | | | |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 11.132,06 | | | 128 |
| 2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 28.224,13 | | | 30 |
| 3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände | 180.321.821,25 | | | 180.944 |
| | | 180.361.177,44 | | 181.102 |
| II. Sonstige Wertpapiere und Anteile | | 398.226.498,07 | | 436.255 |
| III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | | 48.411.325,16 | | 658.343 |
| | | | 626.999.000,67 | 1.275.700 |
| C. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden davon Vorauszahlung EUR 35.643,54 | | | 762.126.883,59 | 1.234.830 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| 1. Disagio, Fremdkapitalbeschaffungskosten | | 0,00 | | 5 |
| 2. Sonstige | | 68.306,94 | | 17 |
| | | | 68.306,94 | 22 |
| | | | 3.296.297.478,95 | 4.587.009 |

| Passiva | | | Stand | Stand |
|---|-----|------------------|-------------------------|----------------------|
| | EUR | EUR | 31. 12. 2005 EUR | 31. 12. 2004 TEUR |
| A. Eigenkapital | | | | |
| I. Grundkapital | | 363.365.000,00 | | 363.365 |
| II. Kapitalrücklagen (Gebundene) | | 1.459.953.101,37 | | 1.769.203 |
| III. Gewinnrücklagen (Gesetzliche Rücklage) | | 36.336.417,08 | | 36.336 |
| IV. Bilanzgewinn | | | | |
| davon Gewinnvortrag EUR 27.900.000,00 (2004: TEUR 0) | | 225.000.000,00 | | 282.900 |
| | | | 2.084.654.518,45 | 2.451.804 |
| B. Rückstellungen | | | | |
| 1. Rückstellungen für Abfertigungen | | 1.449.301,00 | | 1.797 |
| 2. Rückstellungen für Pensionen | | 2.753.989,83 | | 2.818 |
| 3. Sonstige Rückstellungen | | 82.276.284,34 | | 122.985 |
| | | | 86.479.575,17 | 127.600 |
| C. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden | | | | |
| davon durch Rückforderungsansprüche nicht gedeckt | | 762.091.240,05 | | 1.245.064 |
| | | 0,00 | | -10.234 |
| | | | 762.091.240,05 | 1.234.830 |
| D. Verbindlichkeiten | | | | |
| 1. Anleihen (Exchangeable Notes) | | 316.450.000,00 | | 570.200 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | 0,00 | | 163.875 |
| 3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 1.049.946,43 | | 437 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 16.524.168,76 | | 16.984 |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | | |
| davon aus Steuern EUR 7.337,19 (2004: TEUR 10) | | | | |
| davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 42.065,06 (2004: TEUR 53) | | 29.048.030,09 | | 21.279 |
| | | | 363.072.145,28 | 772.775 |
| | | | 3.296.297.478,95 | 4.587.009 |

Anlagevermögen

gemäß § 226 (1) HGB per 31. Dezember 2005

| | Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten | | | |
|--|---------------------------------------|------------------|-----------------------|------------------------------|
| | Stand 1. 1. 2005 EUR | Zugänge EUR | Abgänge EUR | Stand 31. 12. 2005 EUR |
| Anlagevermögen | | | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | | |
| Konzessionen, Rechte | 774.591,33 | 19.424,86 | 5.162,86 | 788.853,33 |
| II. Sachanlagen | | | | |
| 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund | | | | |
| a) Bebaute Grundstücke | | | | |
| Gebäudewert | 60.906,17 | 0,00 | 0,00 | 60.906,17 |
| b) Unbebaute Grundstücke | 2.544.584,59 | 0,00 | 10.870,74 | 2.533.713,85 |
| | 2.605.490,76 | 0,00 | 10.870,74 | 2.594.620,02 |
| 2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.018.305,89 | 22.221,81 | 189.006,22 | 1.851.521,48 |
| | 4.623.796,65 | 22.221,81 | 199.876,96 | 4.446.141,50 |
| III. Finanzanlagen | | | | |
| 1. Beteiligungen | 3.162.336.795,64 | 0,00 | 168.738.741,80 | 2.993.598.053,84 |
| 2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens | 25.947.694,60 | 0,00 | 0,00 | 25.947.694,60 |
| | 3.188.284.490,24 | 0,00 | 168.738.741,80 | 3.019.545.748,44 |
| Summe | 3.193.682.878,22 | 41.646,67 | 168.943.781,62 | 3.024.780.743,27 |

| Abschreibungen kumuliert EUR | Buchwert 31. 12. 2005 EUR | Buchwert 31. 12. 2004 EUR | Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR | Zuschreibungen EUR |
|------------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|--|-----------------------|
| 728.713,33 | 60.140,00 | 125.379,96 | 84.664,82 | 0,00 |
| 60.906,17 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 14.843,19 | 2.518.870,66 | 2.529.560,54 | 0,00 | 0,00 |
| 75.749,36 | 2.518.870,66 | 2.529.560,54 | 0,00 | 0,00 |
| 1.595.895,67 | 255.625,81 | 521.405,36 | 281.456,30 | 0,00 |
| 1.671.645,03 | 2.774.496,47 | 3.050.965,90 | 281.456,30 | 0,00 |
| 1.115.242.097,16 | 1.878.355.956,68 | 2.047.367.992,69 | 273.294,21 | 0,00 |
| 35.000,00 | 25.912.694,60 | 25.912.694,60 | 0,00 | 0,00 |
| 1.115.277.097,16 | 1.904.268.651,28 | 2.073.280.687,29 | 273.294,21 | 0,00 |
| 1.117.677.455,52 | 1.907.103.287,75 | 2.076.457.033,15 | 639.415,33 | 0,00 |

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Jänner 2005 bis 31. Dezember 2005

| | 2005 | | 2004 | |
|--|---------------|------------------------|--------|----------------|
| | EUR | EUR | TEUR | TEUR |
| 1. Umsatzerlöse | | 58.064,41 | | 243 |
| 2. Sonstige betriebliche Erträge | | | | |
| a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen | 387,50 | | 383 | |
| b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 9.328.576,54 | | 3.343 | |
| c) Übrige | 514.942,78 | 9.843.906,82 | 848 | 4.574 |
| 3. Personalaufwand | | | | |
| a) Gehälter | 4.253.976,68 | | 5.310 | |
| b) Aufwendungen für Abfertigungen | 1.070.113,23 | | 648 | |
| c) Aufwendungen für Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen | 3.300,44 | | 3 | |
| d) Aufwendungen für Altersversorgung | -5.249.455,60 | | 3.334 | |
| e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 743.266,92 | | 765 | |
| f) Sonstige Sozialaufwendungen | 127.483,60 | -948.685,27 | 130 | -10.190 |
| 4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | | -366.121,12 | | -554 |
| 5. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | | |
| a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 17 fallen | 19.019,81 | | 22 | |
| b) Übrige | 6.275.574,25 | -6.294.594,06 | 11.273 | -11.295 |
| 6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebserfolg) | | 2.292.570,78 | | -17.222 |
| 7. Erträge aus Beteiligungen | | 169.291.689,49 | | 123.024 |
| 8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | | 1.046.024,28 | | 1.128 |
| 9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | | 30.054.699,08 | | 23.770 |
| 10. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens | | 232.021.763,64 | | 644.647 |
| 11. Aufwand aus dem Genußrechtsanspruch des Bundes | | -222.324.576,89 | | -578.211 |
| 12. Aufwand § 14 (5) ÖIAG-Gesetz | | -250.000.000,00 | | 0 |
| 13. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens | | | | |
| a) Abschreibungen | 3.997.686,41 | | 72 | |
| b) Aufwendungen aus Beteiligungen | 6.000.000,00 | | 3.250 | |
| c) Aufwendungen aus Wertpapieren des Umlaufvermögens | 389.785,00 | -10.387.471,41 | 285 | -3.607 |
| 14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | | -64.140.903,29 | | -92.525 |
| 15. Zwischensumme aus Z 7 bis 14 (Finanzerfolg) | | -114.438.775,10 | | 118.226 |
| 16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | | -112.146.204,32 | | 101.004 |
| 17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | -3.500,00 | | -4 |

| | 2005 | | 2004 | |
|---|----------------|------------------------|---------|----------------|
| | EUR | EUR | TEUR | TEUR |
| 18. Jahresfehlbetrag/-überschuss | | -112.149.704,32 | | 101.000 |
| 19. Auflösung unverteuerter Rücklagen | | 0,00 | | 0 ¹ |
| 20. Auflösung von Kapitalrücklagen | | | | |
| a) gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz | 250.000.000,00 | | 0 | |
| b) gemäß § 14 (6) ÖIAG-Gesetz | 59.249.704,32 | 309.249.704,32 | 181.900 | 181.900 |
| Jahresgewinn | | 197.100.000,00 | | 282.900 |
| 21. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | 27.900.000,00 | | 0 |
| 22. Bilanzgewinn | | 225.000.000,00 | | 282.900 |

¹ Kleinbetrag

Anhang

A. Grundsätzliche Ausführungen

Die Gesellschaft befindet sich im alleinigen Eigentum der Republik Österreich.

Die Gesellschaft wurde durch das ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 439/1984, errichtet. In weiterer Folge kam es zu mehreren, die Rechtsgrundlage der Gesellschaft betreffende Gesetzesänderungen.

Mit dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wurde die Gesellschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt.

Der Jahresabschluss basiert auf dem ÖIAG-Gesetz 2000 in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. I Nr. 71/2003 und BGBl. I Nr. 103/2005.

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind gemäß § 1 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement), das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 3 und 4 ÖIAG-Gesetz 2000.

Durch das ÖIAG-Gesetz 2000 wurde dem Bund ein obligatorischer Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften eingeräumt, der mit der Höhe der Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden, begrenzt ist. 20 % der Gewinne dienen zur Tilgung des in der Bilanz der ÖIAG ausgewiesenen nachrangigen Gesellschafterdarlehens. Nach der vollständigen Tilgung dieses Gesellschafterdarlehens in 2004 erhöhte sich der Anspruch des Bundes auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.

Die bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG werden bis zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten aufrechterhalten. Die Haftung des Bundes für Verbindlichkeiten der PTBG ist durch vollständige Tilgung dieser Verbindlichkeiten im Jahr 2005 erloschen.

Auf der Grundlage des Privatisierungsauftrags hat die ÖIAG 2005 sämtliche Anteile an der VA Technologie AG privatisiert (Annahme des Übernahmeangebots von Siemens AG Österreich). Weiters vollständig privatisiert wurde die voestalpine AG, indem dem Wandlungsbegehren der Investoren der ÖIAG-Umtauschanleihe mittels Lieferung von voestalpine-Aktien entsprochen wurde.

Die ÖIAG hatte mit 31. 12. 2003 an zwei aufeinander folgenden Bilanzstichtagen zwei Größenmerkmale des § 221 Abs. 1 HGB – Umsatz und Arbeitnehmer – im Jahresdurchschnitt nicht mehr überschritten; die Rechtsfolgen der Größenmerkmale – kleine Aktiengesellschaft – sind daher bereits ab dem Geschäftsjahr 2004 eingetreten.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung und Bewertung sind unter Anwendung des Vorsichts- und des imparitätischen Realisationsprinzips erfolgt. Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, bisherige Bilanzierungsgrundsätze wurden beibehalten.

Im Jahresabschluss 2003 wurden – basierend auf versicherungsmathematischen Berechnungen – Rückstellungen für den Bereich Personal in einem Ausmaß gebildet, das einem Schließungsszenario per Ende 2006 Rechnung tragen würde. Insoweit wurde seit 2003 von der Bewertung nach dem Going-Concern-Prinzip abgegangen. Für 2005 wurde diese vorsichtige Bewertung beibehalten.

Gemäß der Fair Value Richtlinie erfolgt eine Bewertung der Wertansätze des Finanzanlagevermögens (siehe Punkt B.b.).

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nach der linearen Methode planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungssätze betragen 33,3 %.

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen, die grundsätzlich nach der linearen Methode ermittelt werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis EUR 400,-) werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben und als Abgang gezeigt.

Der planmäßigen Abschreibung beim Sachanlagevermögen liegen folgende Abschreibungssätze zugrunde:

| | |
|------------------------------------|-------------|
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 10 – 33,3 % |
|------------------------------------|-------------|

Anteile an Beteiligungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Dauernden Wertminderungen wird durch den Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen Rechnung getragen.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert – Fonds Anschaffungswert – aktiviert. Erkennbaren Risiken wird durch die Bildung entsprechender Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Rückstellungen/Verbindlichkeiten

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** werden zum Bilanzstichtag mit dem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag angesetzt. Dabei wird das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 3,5 % angewendet. Die Höhe der **Rückstellungen für Pensionen** wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines 3,0 %-igen Rechnungszinssatzes und der Teilwertmethode ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen die Tabellen AVÖ 1999-P (Angestellte).

Die **sonstigen Rückstellungen** beinhalten die bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsbeträge werden nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip bewertet.

B. Erläuterung der Bilanz

a. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr EUR 0,40 Mio. Der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre beläuft sich auf EUR 1,74 Mio.

b. Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel detailliert dargestellt.

Die Abgänge innerhalb der **Beteiligungen** gehen primär auf die bereits erwähnten Privatisierungen zurück. Darüber hinaus wurden (in geringem Umfang) bei der Umtauschanleihe auf Telekom-Aktien erste Wandlungsbegehren durch Aktienlieferungen seitens ÖIAG erfüllt.

Die **Wertpapiere** beinhalten Investmentfondsanteile zur Wertpapierdeckung für die Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläen sowie für allfällige Nachschussverpflichtungen für an die APK-Pensionskasse übertragene Rückstellungen.

Entsprechend der Fair Value Richtlinie ergab die Prüfung der Beteiligungswerte der börsennotierten Beteiligungen einen positiven Differenzbetrag zwischen den Buchwerten und den mit den Marktkursen zum 31. 12. 2005 bewerteten Beteiligungen von EUR 6,10 Mrd. Die Beteiligungsansätze der nicht börsennotierten Beteiligungen als auch die Wertpapiere des Anlagevermögens entsprechen im Sinne der Fair Value Richtlinie den Buchwerten wie sie zum 31. 12. 2005 ausgewiesen werden. Gleiches gilt für die Wertrechte des Anlagevermögens.

c. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

| Posten | Bilanzwert EUR Mio |
|--|----------------------------|
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr) | 0,01 (0,13) |
| Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr) | 0,03 (0,03) |
| Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände (im Vorjahr) | 180,32 (180,94) |
| Summe (Summe Vorjahr) | 180,36 (181,10) |

Sämtliche Forderungen sind kurzfristiger Natur.

d. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden

Gemäß § 14 Abs. 4 des ÖIAG-Gesetzes 2000 erlischt die Refundierungsverpflichtung des Bundes in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1438 ABGB). Im Jahr 2005 entstanden aus Privatisierungsgewinnen Genussrechtsansprüche des Bundes in Höhe von EUR 222,32 Mio.

Die Refundierungsverpflichtung des Bundes erlischt gemäß § 14 (5) des ÖIAG-Gesetzes 2000 auch und insoweit, als nach vollständiger Tilgung jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Artikel II des ÖIAG-Gesetzes (Verbindlichkeiten ex PTBG) auf die ÖIAG übergehen, liquide Mittel der ÖIAG zur Verfügung stehen, die aus Privatisierungserlösen stammen und zur Tilgung von Verbindlichkeiten, für die der Bund zur Refundierung von Zinsen und Tilgungen verpflichtet ist, verwendet werden können. Unter Anwendung dieser Bestimmung wurden im Berichtsjahr aus Buchwerterlösen von Privatisierungen Tilgungen von Refundierungsverbindlichkeiten und Ausbuchungen von Rückforderungsansprüchen an den Bund in Höhe von EUR 250,00 Mio vorgenommen.

Insgesamt sanken daher die Rückforderungsansprüche bis zum 31. 12. 2005 auf EUR 762,13 Mio. In den Rückforderungsansprüchen ist eine Vorauszahlung von EUR 0,04 Mio enthalten, die dadurch entstand, dass die Tilgungen der Schulden mit Rückforderungsanspruch die Genussrechtsansprüche 2005 überstiegen haben. Die Vorauszahlung wird mit Genussrechtsansprüchen, die in 2006 entstehen, zu verrechnen sein.

e. Rechnungsabgrenzungsposten

Die ausgewiesenen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem 31. 12. 2005, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

f. Grundkapital und Rücklagen

Das Grundkapital von EUR 363.365.000,- ist geteilt in 5.000 Stückaktien. Auf Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 7. 4. 2005 wurde vom Bilanzgewinn 2004 in der Höhe von EUR 282,90 Mio eine Gewinnausschüttung in der Höhe von

EUR 255,00 Mio an den Bund vorgenommen. Zum 31. 12. 2005 wurden von den Kapitalrücklagen gemäß § 14 (6) EUR 59,25 Mio aufgelöst. Weiters waren gebundene Kapitalrücklagen in Höhe von EUR 250,00 Mio gemäß § 14 (5) im Ausmaß der Tilgung von Refundierungsverbindlichkeiten aus Buchwerterlösen aufzulösen, sodass inklusive des Gewinnvortrags ein Bilanzgewinn von EUR 225,00 Mio ausgewiesen wird.

g. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem Vorsorgen für nicht verbrauchte Urlaube, Jubiläumsgelder und sonstige Personalaufwendungen (EUR 30,00 Mio, Vorjahr: EUR 39,70 Mio) und Vorsorgen für Beteiligungen in Höhe von EUR 38,73 Mio (Vorjahr: EUR 38,86 Mio).

i. Verbindlichkeiten

| Posten | Mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr | Mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr | Bilanzwert |
|---|--|--|----------------------------|
| | EUR Mio | EUR Mio | EUR Mio |
| Anleihen (im Vorjahr) | 316,45 (0,00) | 0,00 (570,20) | 316,45 (570,20) |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr) | 0,00 (134,05) | 0,00 (29,82) | 0,00 (163,87) |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr) | 1,05 (0,44) | 0,00 (0,00) | 1,05 (0,44) |
| Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr) | 16,52 (16,98) | 0,00 (0,00) | 16,52 (16,98) |
| Sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr) | 28,52 (21,28) | 0,53 (0,00) | 29,05 (21,28) |
| Summe (Summe Vorjahr) | 362,54 (172,75) | 0,53 (600,02) | 363,07 (772,77) |

Bei den Anleihen handelt es sich um die Umtauschanleihe auf Aktien der Telekom Austria AG (ursprüngliches Nominale: EUR 325,00 Mio bzw. 25 Mio Stückaktien). Im Geschäftsjahr 2005 fanden in geringem Ausmaß Wandlungen statt. Die Umtauschanleihe auf Aktien der voestalpine AG wurde in der Berichtsperiode zur Gänze in Aktien dieser Gesellschaft gewandelt.

Die im Vorjahr ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – sie gingen im Rahmen des ÖIAG-Gesetzes 2000 durch Verschmelzung auf die ÖIAG über – von EUR 163,87 Mio wurden in der Berichtsperiode zur Gänze getilgt.

h. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich refundiert werden

Diese Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf EUR 762,09 Mio. Der im Berichtsjahr erfolgte Rückgang geht in der Höhe von EUR 250,00 Mio gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz 2000 auf liquide Mittel zurück, die aus Privatisierungserlösen (Buchwerte der veräußerten Beteiligungen) stammen und zur Tilgung der Refundierungsverbindlichkeiten verwendet werden können.

(Verbindlichkeiten fällig < 1 Jahr: EUR 255,41 Mio; fällig in 1 – 5 Jahren: EUR 458,35 Mio; länger als 5 Jahre: EUR 48,33 Mio)

In den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten ist vor allem die Verbindlichkeit an den Entschädigungsfonds, welche im Jänner 2006 beglichen wurde.

C. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

a. Umsatzerlöse

| | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|----------------------------|-----------------|-----------------|
| Umlagen | 0,00 | 0,06 |
| Sonstige | 0,06 | 0,18 |
| Umsatzerlöse Inland | 0,06 | 0,24 |

b. Sonstige betriebliche Erträge

| | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|--|-----------------|-----------------|
| Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen | 0,00 | 0,38 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 9,33 | 3,34 |
| Übrige | 0,51 | 0,85 |
| | 9,84 | 4,57 |

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen gehen größtenteils auf den bereits erwähnten Entschädigungsfonds zurück. Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten primär verschiedene Kostenvergütungen und Mieterträge.

c. Personalaufwand

| | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|---|-----------------|-----------------|
| Gehälter | 4,25 | 5,31 |
| Aufwendungen für Abfertigungen | 1,07 | 0,65 |
| Aufwendungen für Altersversorgung | -5,25 | 3,33 |
| Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge | 0,75 | 0,77 |
| Sonstige Sozialaufwendungen | 0,13 | 0,13 |
| | 0,95 | 10,19 |

d. Sonstige betriebliche Aufwendungen

| | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|---|-----------------|-----------------|
| Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen | 0,02 | 0,02 |
| Übrige | 6,27 | 11,27 |
| | 6,29 | 11,29 |

In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind neben Aufwendungen für die Privatisierung von Beteiligungsgesellschaften unter anderem Betriebs- und Verwaltungskosten für Liegenschaften, Mieten, Honorare und Beratungsaufwendungen enthalten.

e. Beteiligungsergebnis

| | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|--------------------------------|-----------------|-----------------|
| Dividenderträge | 169,29 | 123,02 |
| Aufwendungen aus Beteiligungen | -6,00 | -3,25 |
| | 163,29 | 119,77 |

f. Zinsenergebnis

| | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|--------------------------------------|-----------------|-----------------|
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 30,05 | 23,77 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -64,14 | -92,52 |
| | -34,09 | -68,75 |

g. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

Die Erträge von EUR 232,02 Mio stammen im Wesentlichen aus der Privatisierung von Beteiligungen.

D. Organe, Arbeitnehmer

h. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beträgt EUR 225,0 Mio. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Nach dem ÖIAG-Gesetz hat der Vorstand in den Vorschlag über die Gewinnverteilung eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinszahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden.

Im Berichtsjahr wird in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Aufwand aus dem Erlöschen der Refundierungsverpflichtung des Bundes ausgewiesen (Betrag: EUR 250,00 Mio). In derselben Höhe wurde gemäß § 14 (5) ÖIAG-Gesetz 2000 die gebundene Kapitalrücklage aufgelöst.

a. In 2005 waren im Jahresdurchschnitt in der ÖIAG 35 (Vorjahr: 43) Dienstnehmer beschäftigt.

b. Pensionen und Abfertigungen

| Aufwand für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|--|-----------------|-----------------|
| Vorstand und leitende Angestellte | 0,44 | 0,45 |
| Sonstige Arbeitnehmer | 0,63 | 0,20 |
| Summe | 1,07 | 0,65 |

| Aufwand für Pensionen | 2005 EUR Mio | 2004 EUR Mio |
|-----------------------------------|-----------------|-----------------|
| Vorstand und leitende Angestellte | 0,07 | 0,42 |
| Sonstige Arbeitnehmer | -5,32 | 2,91 |
| Summe | -5,25 | 3,33 |

Der im Aufwand der Pensionen für sonstige Arbeitnehmer ausgewiesene Ertrag resultiert primär aus der Auflösung der Rückstellung für Nachschussverpflichtungen für Pensionen, die zur Gestionierung an die APK Pensionskasse AG übertragen worden sind. Die zum 31. 12. 2005 passivierten Nachschussverpflichtungen ergaben sich aus dem versicherungsmathematisch errechneten Deckungserfordernis abzüglich des zum 31. 12. 2005 voraussichtlich bei APK befindlichen ÖIAG-Vermögens. Die Pensionsverpflichtungen (Leistungsempfänger am 31. 12. 2005: 357 Personen) stammen vor allem aus früheren Verschmelzungen von Firmen (Vereinigte Edelstahlwerke AG/Austrian Industries AG) auf die ÖIAG.

Die Aufwendungen für betriebliche Mitarbeitervorsorge i. S. d. betrieblichen Mitarbeitervorsorgegesetzes (BMVG) werden in der Gewinn- und Verlustrechnung explizit ausgewiesen.

c. Die Bezüge des Aufsichtsrats beliefen sich auf EUR 0,18 Mio (Vorjahr: EUR 0,17 Mio).

d. Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS
Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH

Die entgeltlichen Bezüge¹ von Herrn Dr. Michaelis beliefen sich im Geschäftsjahr 2005 auf EUR 0,68 Mio (fixer Teil aus 2005: EUR 0,35 Mio, variabler Restanteil aus 2003: EUR 0,03 Mio und variabler Teilbetrag aus 2004: EUR 0,30 Mio).

Die entgeltlichen Bezüge¹ von Herrn Dipl.-Ing. Wieltisch beliefen sich im Geschäftsjahr 2005 auf EUR 0,59 Mio (fixer Teil aus 2005: EUR 0,30 Mio, variabler Restanteil aus 2003: EUR 0,06 Mio und variabler Teilbetrag aus 2004: EUR 0,23 Mio).

e. Aufsichtsratsmitglieder

Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL
Vorsitzender
Geschäftsführer der Heinz Holding GmbH

Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT
Erster stellvertretender Vorsitzender
Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG

Dr. Veit SORGER
Zweiter Stellvertretender Vorsitzender
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Mondi Business Paper
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Mondi Packaging AG
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Constantia Industries AG
Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Karl BÜCHE
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der BRAU UNION AG

Univ.-Prof. Dr. Michael ENZINGER
Rechtsanwalt

Dr. Astrid GILHOFER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
CI Projektmanagement GmbH

Dr. Alexander RIKLIN
Gesellschafter und Geschäftsführer der Alcar Holding GmbH

Dr. Klaus STURANY
Mitglied des Vorstands der RWE AG

Dr. Erich WIESNER
Geschäftsführender Gesellschafter der
Wiesner-Hager Baugruppe Holding GmbH

KR Ing. Siegfried WOLF
Chief Executive Officer der Magna International Inc.

Ing. Leopold ABRAHAM
Vorsitzender der Konzernvertretung der OMV AG

Anton BENEDER
Vorsitzender der Konzernvertretung der VA Technologie AG
(bis 20. 7. 2005)

Ludwig ELAND
Vorsitzender des Betriebsrats der GKB Bergbau GmbH
(seit 9. 9. 2005)

Gerhard FRITZ
Vorsitzender des Zentralausschusses der Bediensteten der
Österreichischen Post AG

Alfred JUNGHANS
Vorsitzender des Betriebsrats der kaufmännischen Angestellten
und des technischen Personals der Austrian Airlines
Österreichische Luftverkehrs AG
(seit 9. 9. 2005)

Michael KOLEK
Vorsitzender des Zentralausschusses der Bediensteten der
Telekom Austria AG

Helmut OBERCHRISTL
Vorsitzender der Konzernvertretung der voestalpine AG
(bis 31. 8. 2005)

¹ ohne Berücksichtigung etwaiger Sach- bzw. Sozialaufwendungen

E. Beteiligungsspiegel

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresüberschuss (Fehlbetrag) betreffen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften.

| Firma | Sitz | Angaben für Eigenkapital bzw. Ergebnis | Eigenkapital | Anteil am Kapital | Jahresüber- schuss (Fehlbetrag) |
|---|----------|--|--------------|----------------------|---------------------------------------|
| | | | EUR Mio | % | EUR Mio |
| APK Pensionskasse AG | Wien | 2004 | 19,30 | 27,6 | 2,24 |
| Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG | Wien | 2005 | 116,94 | 39,7 | -149,98 |
| IMIB Immobilien und Industriebeteiligungen GmbH (bis 5.8.2005: AG) | Wien | 2004 | 4,09 | 100,0 | 1,52 |
| GKB-Bergbau GmbH | Bärnbach | 2005 | 46,26 | 100,0 | 12,39 |
| Österreichische Post AG | Wien | 2005 | 701,12 | 100,0 | 58,95 |
| OMV AG ¹ | Wien | 2005 | 4.409,03 | 31,5 | 1.065,70 |
| SCHOELLER-BLECKMANN GmbH | Ternitz | 2005 | 3,36 | 100,0 | -0,44 |
| Telekom Austria AG | Wien | 2005 | 2.920,23 | 30,1 | 293,78 |
| VOEST-ALPINE Steinel GmbH | Linz | 2005 | 0,98 | 100,0 | 0,15 |

¹ vorläufig

Durch das Bundesgesetz vom 26. 4. 2000, das am 17. 5. 2000 in Kraft getreten ist (ÖIAG-Gesetz 2000), wird die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ausdrücklich ausgeschlossen.

Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen.

Wien, am 3. April 2006

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e. h.

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch e. h.

Bestätigungsbericht

„Wir haben den Jahresabschluss der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2005 bis 31. Dezember 2005 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses Jahresabschlusses sowie des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.“

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Unternehmens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beiträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahres-

abschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 3. April 2006

 ERNST & YOUNG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

Dr. Alfred Brogyányi e.h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Gerhard Schwartz e.h.
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Geschäftsjahr 2005

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2005 in Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben fünf Plenarsitzungen und eine Ausschusssitzung abgehalten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats waren insbesondere die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit den Privatisierungen auf Grund des im Jahr 2003 erteilten Privatisierungsauftrags der Bundesregierung.

Die wichtigsten Beratungen über Privatisierungsvorgänge fanden im Zusammenhang mit dem öffentlichen Angebot der Siemens AG Österreich auf Übernahme aller Aktien der VA Technologie AG statt; dieses Anbot wurde von der ÖIAG im Jänner 2005 angenommen, das Closing der Transaktion erfolgte am 15. Juli 2005. Mit diesem Tag ist somit die Privatisierung des ÖIAG-Anteils an der VA Technologie AG vollzogen worden.

Eine weitere vollständige Privatisierung erfolgte im Geschäftsjahr 2005 durch Ausübung des Umtauschrechts aller Investoren der von der ÖIAG im Jahr 2003 begebenen Umtauschanleihe auf Aktien der voestalpine AG; die ÖIAG hat am 30. August 2005 die letzten noch in ihrem Eigentum stehenden Aktien geliefert, sodass die voestalpine AG mit diesem Tag ebenfalls vollständig privatisiert wurde.

Für die Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG wurde ein Strategieprojekt genehmigt, das die Überprüfung der derzeitigen Strategie der AUA und die Erarbeitung von Empfehlungen für die Gestaltung der künftigen Strategie zum Ziel hat. Für den Fall, dass Investoren von ihrem Umtauschrecht aus der von der ÖIAG ebenfalls im Jahr 2003 begebenen Umtauschanleihe auf Telekom Austria-Aktien Gebrauch machen, wurde die Lieferung dieser Aktien vom Aufsichtsrat genehmigt, womit ein weiterer Privatisierungsschritt gesetzt wurde. Eingehende Diskussionen fanden auch über die mögliche Privatisierung der Österreichischen Post AG statt.

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren wurde dem Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2005 von den Vorstandsmitgliedern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der börsennotierten Beteiligungsgesellschaften, über die Situation der jeweiligen Gesellschaft berichtet.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft, der Beteiligungsgesellschaften und der gesamten ÖIAG-Gruppe berichtet und in jenen Geschäftsfällen, in denen dies nach den Bestimmungen der Satzung oder der Geschäftsordnung erforderlich war, die Zustimmung des Aufsichtsrats eingeholt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden durch die Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H. (nunmehr: Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.), geprüft.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2005, der damit gemäß § 125 Abs. 2 Aktiengesetz festgestellt ist; der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Vorschlag des Vorstands an, den Bilanzgewinn von EUR 225.000.000,- zur Gänze auszuschütten.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung gemäß § 270 Abs. 1 HGB vor, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 die Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihre im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Wien, am 3. April 2006

Alfred H. Heinzl e. h.
Vorsitzender des Aufsichtsrats